

# Kapitalismuskritik: Brauchen wir ein anderes Wirtschaftssystem?

**Der Kapitalismus muss in Richtung einer global und ökologisch verantwortlichen sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt werden. Aber ein grundsätzlich anderes Wirtschaftssystem, das besser wäre, ist nicht in Sicht.**

»Die große Industrie hat den Weltmarkt hergestellt, den die Entdeckung Amerikas vorbereitete. [...] Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisie-Epoche vor allen anderen aus. [...] Das Bedürfnis nach einem stets ausgehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. [...] Die uralten nationalen Industrien [...] werden verdrängt durch neue Industrien, [...] die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. [...] Die [...] moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor. [...] Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernechtung einer Masse von Produktivkräften;

andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.«

Haben Sie beim Lesen diesen Text gleich erkannt? Es sind Auszüge aus dem über 160 Jahre alten »Kommunistischen Manifest«<sup>1</sup>. Sie wirken auch heute noch aktuell, gerade nach der Finanzmarktkrise von 2008, die zu einer weltweiten Wirtschaftskrise und zuletzt zu einer Staatsschuldenkrise und Eurokrise geführt hat. Viele Menschen neigen zu der Einschätzung, etwas mehr als 20 Jahre nach dem »Ende des Sozialismus« sei auch der Kapitalismus am Ende.

Allerdings ist unklar, wie »neu« ein anderes Wirtschaftssystem denn sein kann. Man müsste ja die massive Kritik »des Systems« mit konkreten strukturellen Vorschlägen für die Ausgestaltung eines anderen Systems ergänzen. Die Auf-



**Gerhard Kruij**, Dr. theol. habil., ist Professor für Christliche Anthropologie und Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät im Fachbereich 01 der Universität Mainz. Von 2000 bis 2009 leitete er das Forschungsinstitut für Philosophie Hannover.

zählung von durchaus sinnvollen Zielen und moralischen Werten reicht nicht aus, um ein anderes System zu begründen. Denn das Problem ist, wie es gelingen kann, die ethischen Werte konkret in einem Wirtschaftssystem zu »implementieren«. Die von Jürgen Habermas vor der Krise geäußerte Einschätzung ist immer noch gültig, dass es heute realistischerweise »kein Ausbrechen mehr aus dem Universum des Kapitalismus [gibt, G.K.]; es kann nur um eine Zivilisierung und Zähmung der kapitalistischen Dynamik von innen gehen«<sup>2</sup>. So wie bisher wird es nicht weitergehen, was aber kommen wird, wird kein Sozialismus sein, sondern so etwas wie ein »Kapitalismus 4.0«<sup>3</sup>.

Zur Begründung möchte ich zuerst grundsätzliche Überlegungen über die Vor- und Nachteile einer Koordination der Wirtschaftssubjekte durch freie Märkte diskutieren. Daraus wird sich die Schlussfolgerung ergeben, dass freie Marktwirtschaft nur als Soziale und Ökologische Marktwirtschaft ethisch gerechtfertigt sein kann. Danach möchte ich zeigen, dass die Finanzmarktkrise mit ihren komplexen Folgen daran nichts ändert. Allerdings muss eine Soziale und Ökologische Marktwirtschaft konsequent auch für die Finanzmärkte und auf globaler Ebene realisiert werden.<sup>4</sup>

## Vorteile freier Märkte

Vergegenwärtigen wir uns zunächst die Vorteile freier Märkte. Da Märkte in der Wirklichkeit nie vollkommen »frei« sind, werden sie selbstverständlich nur in Annäherung realisiert. Anders als in einer Planwirtschaft sind alle Akteure in ihren Entscheidungen weitgehend frei, eigenverantwortlich und durch ihr Eigeninteresse motiviert: Anbieter stellen aus Eigeninteresse die Güter her, die sie auf dem Markt tauschen

können, Nachfrager suchen aus Eigeninteresse den günstigsten Preis. Weder staatlicher Zwang noch moralische Motivation der Akteure sind nötig. Diesem Motor des Eigeninteresses verdanken Marktwirtschaften einen erheblichen Teil ihrer Dynamik. Dank des Spiels von Angebot und Nachfrage wird produziert, was nachgefragt wird. Es braucht dazu keine allwissende Institution zur Planung des Wirtschaftsprozesses. Dezentral gefällte Entscheidungen senken für das Gesamtsystem die Wahrscheinlichkeit von Fehlern. Der Preismechanismus sorgt dafür, dass die Güter möglichst effizient hergestellt werden. Insgesamt führt dies alles dazu, dass Marktwirtschaften innovativer sind und schneller auf interne wie externe Schocks reagieren. Wegen dieser Vorteile ist es auch nicht überraschend, dass sich weltweit Länder, die freie Märkte eingeführt und sich in kluger Weise dem Weltmarkt geöffnet haben, besser entwickelt haben als Länder, die nach dem Modell einer zentralen Planwirtschaft organisiert sind.<sup>5</sup>

## Nachteile freier Märkte

Allerdings hat freie Marktwirtschaft auch gravierende Nachteile. Nicht umsonst wurde der »laissez-faire-Kapitalismus« seit dem 19. Jahrhundert immer wieder kritisiert, von Marxisten genauso wie von Kirchenvertretern. Die Katholische Soziallehre ist voll von kapitalismuskritischen Äußerungen. Märkte erhalten sich nicht von selbst. Im Gegenteil, wenn sie nicht entsprechend geschützt und reguliert werden, zerstören sie sich. Ein ungehinderter Markt kann dazu führen, dass sich monopolistische Strukturen herausbilden. Wenn aber nur wenige Anbieter vielen Nachfragern gegenüberstehen, haben die Nachfrager keine Wahl mehr; der Wettbewerb ist zerstört und der Preismechanismus

kann nicht mehr wirken. Um zu funktionieren, braucht Marktwirtschaft ein hohes Maß an Vertrauen. Man muss z. B. darauf vertrauen, dass man auch langfristig die Güter, die man produziert, oder die Arbeitsleistung, die man anbietet, gegen solche Güter, die man nicht selbst herstellt, aber dennoch braucht, eintauschen kann. Man muss darauf vertrauen, dass das Geld, das man heute bekommt, auch morgen noch als Tauschmittel verwendet werden kann. Es braucht eine Fülle von Konventionen und Regeln und ein hohes Maß an Solidarität, um dieses Vertrauen zu erhalten. Hinzu kommen soziale Aspekte: Nicht alle Menschen sind in der Lage, ihre Arbeitskraft auf dem Markt anzubieten, um lebensnotwendige Güter dafür einzutauschen. Zu dieser Gruppe der »Marktpassiven« gehören nicht nur behinderte Menschen, sondern in bestimmten Phasen unseres Lebens wir alle: als Kinder, als Kranke, als ältere Menschen. In traditionellen Gesellschaften ist es vor allem die Familie, die diese Fürsorge-Funktion erfüllt; in modernen Gesellschaften braucht es dafür Systeme sozialer Sicherung. Aber nicht nur »Marktpassive« sind von Risiken betroffen. Durch technische und organisatorische Innovationen wird es immer wieder passieren, dass bestimmte Produkte nicht mehr gebraucht werden. Dieser »Prozess kreativer Zerstörung« (Joseph Schumpeter) ist auf der einen Seite erwünscht, weil es ohne ihn keinen Fortschritt geben könnte. Auf der anderen Seite bedeutet er aber für die Hersteller veralteter Güter eine große Härte. Sie müssen deshalb gegen dieses Risiko abgesichert werden, sonst können sie die Marktwirtschaft nicht akzeptieren. Viele Probleme und soziale Kämpfe während des europäischen Industrialisierungsprozesses des 19. Jahrhunderts hingen damit zusammen, dass es einen massiven Prozess kreativer Zerstörung gegeben hat, die notwendige soziale Absicherung aber noch nicht.

Schließlich funktionieren Märkte nicht immer so, wie sie sollen. Sie sind beispielsweise nicht geeignet, sogenannte »öffentliche Güter« bereitzustellen, d. h. solche Güter, von deren Nutzung niemand ausgeschlossen werden kann. Wegen dieser Eigenschaft ist kaum jemand bereit, die Kosten aufzuwenden, um ein öffentliches Gut bereitzustellen, denn er kann es genauso gut nutzen, wenn jemand anderes es erzeugt. Im Extremfall wird es dann überhaupt nicht bereitgestellt. Gute Beispiele hierfür sind öffentliche Sicherheit, eine gute Verkehrsinfrastruktur, saubere Luft oder die Milderung des Klimawandels. Auch hier ist der Staat gefragt oder auch Zusammenschlüsse von Produzenten oder geeignete Institutionen in Gemeinschaften von Nutzern, um solche »Gemeingüter« (»Commons«) zu erzeugen und zu verwalten.<sup>6</sup>

Diese Nachteile einer freien Marktwirtschaft sind so gravierend, dass sie nur dann moralisch legitim ist, wenn es gelingt, sie mindestens stark zu mildern. Diese Einschätzung wird auch in der kirchlichen Sozialverkündigung immer wieder artikuliert. So lehnt das Gemeinsame Wort der Kirchen *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit* von 1997 »Marktwirtschaft pur« entschieden ab und fordert eine Soziale und Ökologische Marktwirtschaft.

## Soziale und Ökologische Marktwirtschaft

Um funktionieren zu können, brauchen Märkte eine Rahmenordnung. Dazu gehören eine Kartellbehörde, die Garantie des Privateigentums und der Vertragsfreiheit, die Einhaltung des Haftungsprinzips sowie ein funktionierendes Rechtssystem. Eine unabhängige Zentralbank muss für Geldwertstabilität sorgen. Wegen der Asymmetrie auf vielen Märkten braucht es so

etwas wie eine Verbraucherschutzgesetzgebung. Die Bereitstellung öffentlicher Güter muss vom Staat selbst oder in dessen Auftrag garantiert werden. Um marktpassiven Menschen das Überleben in Würde zu sichern, sind soziale Sicherungssysteme nötig, die die Menschen vor zentralen Lebensrisiken schützen. Der Staat muss versuchen, durch eine antizyklische Konjunkturpolitik die Auswirkungen zyklischer Krisen möglichst klein zu halten. Es muss jedoch in Wachstumsphasen ebenso antizyklisch dafür gesorgt werden, dass die entstandene Staatsverschuldung wieder abgebaut wird oder Rücklagen für die nächste Krise gebildet werden. Weil Letzteres in der Vergangenheit stark vernachlässigt wurde, haben wir es in vielen Ländern mit dem Problem extrem hoher Staatsverschuldung zu tun. Für all diese Maßnahmen braucht es einen starken Staat mit einer effizienten Verwaltung und einer funktionierenden demokratischen Kontrolle und Legitimation. Vor allem muss dafür gesorgt werden, dass ökonomische Macht nicht die politischen Entscheidungsprozesse in undemokratischer Weise verzerrt.

### **Sind die derzeitigen Krisen auch eine Krise des Konzepts Sozialer Marktwirtschaft?**

Geben nun die gegenwärtigen Krisen Anlass, dieses Konzept einer Sozialen und Ökologischen Marktwirtschaft für obsolet zu erklären? Um dies zu beantworten, ist ein kurzer Rückblick auf die Geschichte der Krisen nötig.<sup>7</sup> Sicher gab es auch egoistisches Gewinnstreben, aber viele Ursachen liegen in Handlungsweisen, für die die Verantwortlichen durchaus gute Gründe hatten. Die US-amerikanische Zentralbank wollte durch ihre Niedrigzinspolitik nach dem Schock des 11.09.2001 Wachstum und Be-

schäftigung fördern. Dass damit Preisblasen auf den Vermögenmärkten provoziert wurden, wurde nicht als gefährlich eingestuft. Die Vergabe günstiger Kredite an ärmere US-Amerikaner war auch ein soziales Programm zur Förderung des Hausbesitzes von unteren Schichten. Die Verbriefung von Krediten diente einer auf den ersten Blick sinnvollen Risikostreuung. Kaum jemand hat leider gesehen, dass solche Strategien die Stabilität des Gesamtsystems gefährdeten. Die Anleger, die solche Wertpapiere kauften, wollten für ihre Auftraggeber (darunter auch Pensionsfonds, Stiftungen und Kirchen) möglichst hohe Renditen erwirtschaften und glaubten aufgrund der Bewertungen der Rating-Agenturen auch, sichere Anlageformen gewählt zu haben. Bonus-Systeme, die Managern erfolgsabhängige Vergütungen anbieten, sind eigentlich eine gute Sache. Sie sollen sicherstellen, dass die Eigeninteressen der Eigentümer und der Manager nicht zu sehr auseinanderklaffen. Niemand hat hier freilich gesehen, dass die Kurzfristigkeit der Auszahlung, die Ausrichtung an wenig aussagekräftigen Kriterien und das Fehlen einer Verlustbeteiligung zu problematischen Anreizen geführt haben. Das hohe Tempo und die hohe Komplexität von Finanzproduktinnovationen waren zwar Vielen unheimlich, zugleich aber schien die ungebrochene Dynamik auf den Finanzmärkten dafür zu sprechen, dass der Markt effizient funktionieren würde. Die Bankenaufsicht auf nationaler Ebene konnte die unübersichtlichen internationalen Transaktionen kaum mehr überblicken. Die Staaten haben sich trotzdem nicht auf schärfere internationale Regeln geeinigt, weil dies Nachteile für einzelne Länder mit sich gebracht hätte. Kein Staat will in Vorleistung treten, die eventuell von den anderen ausgenutzt werden könnte, sondern lieber umgekehrt als »Trittbrettfahrer« die Kooperationsbereitschaft der anderen ausbeuten. In der

Krisenbewältigung waren dann viele Staaten gezwungen, den gefährdeten Banken und der in die Krise gestürzten Wirtschaft unter die Arme zu greifen und sich dafür zusätzlich zu verschulden. Die Alternative wäre ein katastrophaler Zusammenbruch der Weltwirtschaft gewesen – mit verheerenden sozialen Folgen und sehr viel schlimmeren Auswirkungen für die Staatshaushalte. Zugleich aber führte dieses »bailing-out« systemrelevanter Institute, die »too big to fail« waren, dazu, dass die Verursacher zu wenig an den Verlusten beteiligt wurden und die Risikoneigung deshalb sogar weiter zunehmen könnte.

Weniger ein Versagen der Märkte als ein Versagen der Politik auf den verschiedenen nationalen und der europäischen Ebene ist auch Ursache der derzeitigen Euro-Krise.<sup>8</sup> In den Wirtschaftswissenschaften ist seit langem klar, dass eine gemeinsame Währung eigentlich auch eine gemeinsame Haushalts- und Wirtschaftspolitik erfordert. Unter den Euro-Ländern hat man versucht, dies durch Kriterien für maximale Haushaltsdefizite und die Staatsverschuldung zu ersetzen. Leider wurden sie von Anfang an nicht eingehalten, weil Länder den Euro bekommen haben, die die Kriterien gar nicht erfüllten und später andere sie verletzten, ohne dafür bestraft zu werden (darunter auch Deutschland 2003). Durch unterschiedliche Entwicklungen in den Euro-Ländern kam es auch zu unterschiedlicher Wettbewerbsfähigkeit, sodass Deutschland immer mehr, viele Länder im Süden Europas aber kaum mehr exportieren konnten. Die gemeinsame Währung senkte zudem zunächst die Zinsen für die Staatsanleihen, was viele Länder in die Versuchung führte, sich über die Maßen zu verschulden. Lokale Finanzkrisen, die Auswirkungen der Krise von 2008 und die Verweigerung notwendiger Reformen verschärften die Lage. Sie führten zu einem enormen Vertrauensverlust auf den Finanzmärkten, die deshalb Staatsschulden

von Ländern wie Italien, Spanien, Portugal und vor allem Griechenland nur mit hohen Zinsen zu finanzieren bereit waren, was die Situation weiter verschlechterte. Und die Euro-Staaten tun sich offensichtlich sehr schwer, glaubwürdige und langfristig effektive Maßnahmen zu ergreifen. Es ist nicht leicht, einerseits in der Krise schnell für Verbesserungen zu sorgen, andererseits langfristig ordnungspolitisch die Weichen so zu stellen, dass es nicht Anreize für weitere Verschuldung gibt. Um die Finanzmärkte zu beruhigen, wäre es hilfreich, wenn die Europäische Zentralbank mehr Staatsanleihen aufkaufte. Andererseits würde dies den verschuldeten Ländern den notwendigen Reformdruck möglicherweise nehmen. Hier einen Mittelweg zu finden und ihn auch politisch durchzusetzen, ist nicht einfach. »So taumelt die europäische Währungsunion von einer Zuspitzung der Krise in die nächste. Doch statt dies als Signal für eine grundsätzliche Kurskorrektur anzusehen, werden Finanzmärkte als Erpresser und Spekulanten dargestellt, die sich am Geld der soliden Länder bereichern wollen. Gleichzeitig wächst die Zahl der Krisenländer und der Druck auf sie, sodass sie [...] in eine Situation hineingeraten, in der Illiquidität zur Insolvenz wird. Dies erhöht wiederum das Misstrauen in die Stabilität der Währungsunion insgesamt. Die Beschlüsse des Gipfels vom 29. Juni 2012 reißen sich ein in eine Serie von Bemühungen, Kurskorrekturen vorzunehmen. Doch die Schritte sind regelmäßig zu klein, um Vertrauen herzustellen und damit der Krise die Dynamik zu entziehen. Gleichzeitig werden sie wieder zerredet, weil sie der ordnungspolitischen Grundauffassung widersprechen. Und da diese den Bürgerinnen und Bürgern in den Gläubigerländern einen kostenfreien Weg zur Bewältigung der Krise suggeriert, wächst der politische Widerstand gegen jene Kurskorrekturen in den Gläubigerländern.«<sup>9</sup>

## Schlussfolgerungen

Meines Erachtens ergibt sich aus diesen Beobachtungen, dass Interpretationen der Krise, die in ihr pauschal eine Krise »freier Marktwirtschaft« oder »des Kapitalismus« sehen wollen, genauso zu kurz greifen wie Moralisierungen, die individuelle Laster wie Gier oder Spielsucht und unverantwortliche Risikofreude für die Krise verantwortlich machen. Die Krise ist eine Krise bestehender institutioneller und regulatorischer Arrangements, die aber eben aufgrund von Erfahrungen auch geändert werden können. Immerhin hat die Krise die Bereitschaft dazu gefördert. Am wichtigsten ist, dass die Staaten über die Kontrolle der einzelnen Finanzinstitute hinaus, also jenseits »mikroprudenzieller« Maßnahmen, eine »makroprudenzielle« Perspektive einnehmen und sich verstärkt um die Stabilität des Gesamtsystems kümmern – und dies nicht nur jetzt unmittelbar während oder nach der Krise, sondern besonders auch dann, wenn alles gut zu laufen scheint. Darüber hinaus muss die internationale Kooperation in Richtung einer echten globalen Ordnungspolitik im Sinne einer globalen Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt werden.

Im Zuge fortschreitender Globalisierung können die Probleme nicht mehr allein auf nationaler Ebene gelöst, sondern müssen weltweit geregelt werden. Dabei sind prinzipiell das Wohl aller Personen und das Wohl der Weltgesellschaft insgesamt zu berücksichtigen. Dies wurde auch schon in der Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* gefordert: »Aus der immer engeren und allmählich die ganze Welt erfassenden gegenseitigen

Abhängigkeit ergibt sich als Folge, dass das Gemeinwohl, d. h. die Gesamtheit jener Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens, die sowohl den Gruppen als auch deren einzelnen Gliedern ein volleres und leichteres Erreichen der eigenen Vollendung ermöglichen, heute mehr und mehr einen weltweiten Umfang annimmt und deshalb auch Rechte und Pflichten in sich begreift, die die ganze Menschheit betreffen. Jede Gruppe muss den Bedürfnissen und berechtigten Ansprüchen anderer Gruppen, ja dem Gemeinwohl der ganzen Menschheitsfamilie Rechnung tragen« (GS 26). Auch das Sozialwort der deutschen Bischöfe und der Evangelischen Kirche Deutschlands von 1997 verlangt deshalb »eine verbindliche weltweite Rahmenordnung für wirtschaftliches und soziales Handeln« (Nr. 163). Es ist auch Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der Christinnen und Christen unter ihnen, für ein solches Projekt einzutreten. Dabei sollten sie sich nicht durch übertriebenes Moralisieren oder ideologische Vereinfachungen auszeichnen, sondern durch größtmöglichen Sachverstand, hohe moralische Sensibilität, die Fähigkeit zu den nötigen Differenzierungen und ein hohes Maß an Pragmatismus. Es ist wohlwendig zu lesen, dass gerade der Vorsitzende einer großen deutschen Gewerkschaft solches einklagt: »In unserer Analyse darf es weniger denn je um schwarz oder weiß, richtig oder falsch, gut oder schlecht gehen. Wir müssen die vielen wichtigen Grautöne herausarbeiten.«<sup>10</sup>

<sup>1</sup> Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der kommunistischen Partei [1848], in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke. Bd. 4, Berlin <sup>6</sup>1972, 459-493, 463-468.

<sup>2</sup> Jürgen Habermas, Nach dem Bankrott. Der Privatisierungswahn ist an sein Ende gekommen. Nicht der Markt, sondern die Politik ist für das Gemeinwohl zuständig: Ein Gespräch mit dem Philosophen Jürgen Habermas, in: Die Zeit, 06.11.2008, Nr. 46.

<sup>3</sup> Anatole Kaletsky, Kapitalismus 4.0. Die Geburtsstunde einer neuen Wirtschaftsordnung, München 2011.

<sup>4</sup> Ich aktualisiere und fasse dabei Texte von mir zusammen, in denen diese Fragen ausführlicher und mit den nötigen Literaturangaben behandelt wurden: Gerhard Kruij, Marktgerechte Gesellschaft oder sozial gerechter Markt?, in: rhs – Religionsunterricht an höheren Schulen 50 (4/2007) 218-225; ders.,

Die Kirche in der Krise in der Krise. Sozialethische Überlegungen zu einer politischen Diakonie der Kirche im Kontext einer doppelten Krise, in: ET-Studies 1 (2/2010), 167-192; ders., Die Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft und ihre Beziehung zur christlichen Sozialethik, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Soziale Marktwirtschaft und deren Perzeption im Islam, Ankara 2010, 11-39.

<sup>5</sup> Hans-Rimbert Hemmer, Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer, München <sup>3</sup>2002.

<sup>6</sup> Vgl. Elinor Ostrom, Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action, Cambridge <sup>22</sup>2008. Vgl. auch Silke Heflerich/Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat, Bielefeld 2012.

<sup>7</sup> Es gibt dazu viele Expertisen, vgl. nur z. B. Bernhard Emunds, Die Krise

der globalen Finanzwirtschaft. Eine Analyse und sozialethische Einschätzung, in: ThGI 100 (1/2010) 44-61. Sehr informativ sind auch Berichte der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, des Basel Committee on Banking Supervision oder von IWF und Weltbank.

<sup>8</sup> Zum Folgenden: Joachim Wiemeyer, Solidarität in Europa. Bedeutung und Grenzen angesichts der Staatsschulden und Euro-Krise, in: ET-Studies 3 (1/2012) 21-40.

<sup>9</sup> Adalbert Winkler, Warum kriegt Europa die Eurokrise nicht in den Griff?, in: Wirtschaftsdienst 92 (7/2012) 449-456, 456.

<sup>10</sup> Berthold Huber, Kurswechsel für Deutschland – die Lehren aus der Krise, in: ders. (Hg.), Kurswechsel für Deutschland. Die Lehren aus der Krise, Frankfurt a. M./New York 2010, 13-89, 21.